

Betriebsrätekonferenz Oberhausen, 26. Juni 09

Michael Vassiliadis

Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der IG BCE

„Industrielle Wertschöpfung nachhaltig sichern“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

IG Metall und IG BCE haben mit der Hans-Böckler-Stiftung aus zwei Gründen zu dieser Konferenz eingeladen:

- Zum einen ist es nach bald einem Jahr Krise an der Zeit, gemeinsam über wirksame Wege aus der anhaltenden Rezession zu diskutieren.
- Zum anderen wollen wir heute fortsetzen, was wir schon seit Jahren tun. Wir wollen über Industriepolitik reden, weil sich außer uns viel zu wenige um diese Zukunftsaufgabe kümmern.

Mittlerweile hat die Krise große Teile des industriellen Kerns erreicht. Viele Kolleginnen und Kollegen in den Organisationsbereichen von IG Metall und IG BCE sorgen sich um ihre Arbeit, viele unserer Unternehmen kämpfen um ihre wirtschaftliche Existenz.

Bislang hat es trotzdem kaum Entlassungen im großen Stil gegeben. Das ist das Ergebnis unserer Arbeit. Es

sind die Gewerkschaften und die Betriebsräte, die Beschäftigung sichern und die Leute in den Betrieben halten. Notfalls auch mit Kurzarbeit.

Wir wissen es zu schätzen, Herr Bundesarbeitsminister, dass Sie unsere Forderungen unterstützt haben und dass es so gelingen konnte, die Möglichkeiten von Kurzarbeit zu erweitern und attraktiver zu gestalten.

Wir haben Zeit gewonnen, um den Brand zu bekämpfen, der von den Finanzmärkten auf die Realwirtschaft übergesprungen ist.

Heute sind wir alle tagein, tagaus mit solchen Löscharbeiten beschäftigt. Wir müssen im Wortsinn Menschen retten und wir müssen Betriebe in ihrer Substanz retten. Das kostet Kraft, aber wir machen das und wir machen das gut.

Die aktuelle Krise zeigt aber auch tiefere Strukturschwächen der deutschen und der europäischen Industrie auf. Das geht Hand in Hand mit Schwächen

von strategischer Bedeutung in der Industriepolitik und in der Wirtschaftspolitik.

Über Jahre hinweg ist man in Deutschland wie in Europa der falschen Idee, dem falschen Leitbild gefolgt. Der Neoliberalismus, Kolleginnen und Kollegen, ist die eigentliche Brandursache.

Es ist müßig, jetzt darüber zu spekulieren, ob man sich auf nationaler Ebene dieser weltweit vorherrschenden Ideologie hätte entziehen können. Aber es ist unverzichtbar, darüber zu reden, welche Konsequenzen aus dem Scheitern dieser Ideologie zu ziehen sind.

- Wir wollen keine Sprechblasen mehr über die Neuordnung der Finanzmärkte hören, sondern Taten sehen, also mehr Transparenz und Kontrolle.
- Wir wollen, dass sich die Banken wieder auf ihre dienende Funktion beschränken, also die Realwirtschaft mit Geld versorgen, statt die eigenen Bilanzen aufzubessern.

- Es muss Schluss sein mit der ökonomischen Fehlsteuerung durch irgendwelche Rating-Agenturen.
- Es muss Schluss sein mit der ausschließlichen Orientierung am Shareholder Value.
- Es muss Schluss sein mit dem maßlosen Gewinnstreben in manchen Vorständen.

Das alles ist in der Industrie noch viel schädlicher als in der Finanzwelt, Kolleginnen und Kollegen, und deshalb müssen wir weiterhin auch über Brandschutz reden und selbstverständlich auch über die Brandstifter.

- Ich denke da an Manager, die sich gestern noch all dessen entledigen wollten, was die Soziale Marktwirtschaft ausmacht, und die heute zumindest vorübergehend untergetaucht sind.
- Und ich denke beispielsweise an die FDP, die die Folgen der Krise mit den Ursachen der Krise bekämpfen will.

Statt alter Ideologie brauchen wir einen Rettungsschirm für die Realwirtschaft, einen aktiven und finanziell

handlungsfähigen Staat und ein effektives Regelwerk für die internationalen Finanzmärkte. Aber auch damit ist es noch nicht getan.

Die Krise hat gezeigt, wie stark unsere Ökonomie von der Industrie abhängig. Sie ist die Grundlage von Wachstum und Wohlstand. Sie ist der Ausgangspunkt von Wertschöpfungsketten, die über den Handel und die Dienstleistungen bis zu den Verbrauchern reichen. Ohne Industrie ist die Krise nicht zu lösen.

Das gilt im Übrigen für alle großen Herausforderungen unserer Zeit: für Klimaschutz und Energieversorgung, für die Bekämpfung von Hunger und Armut, für die medizinische Versorgung oder auch für den demographischen Wandel. Geradezu gläubig wartet man auf den Heilsbringer Innovation, um solche Megathemen auch nur annähernd lösen zu können.

Mit dem Begriff Innovation wird der Industrie eine wesentliche Problemlösungskompetenz zugeschrieben. Das steht allerdings in einem tiefen Widerspruch zu der Akzeptanz von Industrie.

Das gilt in einem besonderen Maße für die Politik. Ausgerechnet in Deutschland, also in dem Land mit dem weltweit höchsten Wertschöpfungsanteil der Industrie, gibt es in der Politik keine verlässliche Loyalität zur Industrie. Die Politik sorgt für finanzmarktfreundliches Umfeld, aber nicht für ein industriefreundliches Umfeld. Das ist Fehlentwicklung, die auf Dauer unsere wirtschaftliche Basis schwer gefährdet, Kolleginnen und Kollegen.

Es gibt für diese Feststellung viele Beispiele. Das Jüngste ist das in dieser Woche gescheiterte CCS-Gesetz. Damit wird die Erprobung CO₂-freier Kohleverstromung auf die lange Bank geschoben, damit werden Milliarden-Investitionen blockiert, damit wird weltweiter Klimaschutz durch Innovation vertagt.

Innovationen fördern die gesellschaftliche Entwicklung und schaffen neue Arbeitsplätze. Es ist entscheidend, die Potenziale der Zukunftstechnologien zu nutzen. Die Biotechnologie etwa kann die Entwicklung von Produkten zielgenauer steuern und die Emission von

Abfällen und Abwässern verringern. Auch für die Nanotechnologie gibt es unzählige Anwendungen: in der Medizin, im Alltag und in der Umwelt.

Natürlich brauchen wir auch eine vernünftige Risikoabschätzung und eine rationale Risikodiskussion. Wir wollen nicht, dass alles, was technologisch möglich ist, gemacht wird. Wir wollen aber auch nicht, dass unterbleibt, was sozial und ökologisch sinnvoll ist.

Wir erwarten, dass Industrie und Unternehmen auf Akzeptanzprobleme nicht in beleidigtes Nichtstun verfallen. Wir fordern sie auf, mit den Gewerkschaften und mit der Mitbestimmung auf Gesellschaft und Politik zuzugehen.

Voraussetzung für Vertrauen ist allerdings das Bekenntnis zu einer nachhaltigen Entwicklung in all ihren Dimensionen. Dabei gibt es Zielkonflikt, etwa zwischen Ökonomie und Sozialem oder Sozialem und Ökologie. Diese Zielkonflikte lassen sich nicht immer in Luft auflösen. Irgendwann muss man dann entscheiden und auch zu dieser Entscheidung stehen. Wer das ernst

nimmt, der findet auch Zustimmung. Deswegen ist mir auch um Zustimmung zu unserer Politik nicht bange.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die globale und internationale Vernetzung ist zwischenzeitlich weit fortgeschritten, und auch deshalb ist es gut, dass IG Metall und IG BCE heute fortführen, was wir 2007 mit unserer damaligen Zuliefererkonferenz begonnen haben. Glas, Kunststoff, Reifen, Leder, Chemie - auch die Branchen meiner Gewerkschaft liefern der Automobilindustrie zu. Zumeist sind das kleine und mittlere Unternehmen, und die sind heute in einer besonders schwierigen Situation. Über 40 Prozent kämpfen mit der restriktiven Kreditvergabe der Banken. Für diese Unternehmen brauchen wir Zugänge zu Krediten, damit sie investieren und produzieren können.

Wir wissen sehr wohl, dass die Bundesregierung mit den Konjunkturpaketen I+II einiges bereits auf den Weg gebracht hat. Aber richtig ist auch: Es hapert an der Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen. Das bleibt vieles in umständlichen Verfahren und Zuständigkeiten

hängen. Auch dieses mangelhafte Umsetzungsregime ist ein Hinweis darauf, dass es in unserem Land ganz offenkundig an Bewusstsein für die ökonomische Bedeutung der Industrie fehlt.

Das Gute ist: Das lässt sich ändern. Alle Akteure müssen auf verantwortliches Handeln verpflichtet werden. Den Beitrag der IG BCE und unserer Betriebsräte kann ich garantieren.

Vor der Bundesregierung erwarten wir, dass sie die Realwirtschaft genauso wichtig nimmt wie den Finanzsektor.

Von den Unternehmen fordern wir, ohne Wenn und Aber auf Personalabbau in der Konjunkturkrise zu verzichten.

Dann kann es gelingen, vernünftig aus der Krise herauszukommen und mit Industriepolitik die Basis für eine nachhaltig gute Entwicklung zu legen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, Glück auf!

